

# Frankreich und der Terror

**Michael Hellerforth**

In den fünf Jahre nach dem Attentat auf Charlie Hebdo, den koscheren Supermarkt an der Porte de Vincennes und auf den Bataclan-Club ist Frankreich nicht zur Ruhe gekommen. Der islamistisch motivierte Terror fordert jedes Jahr weitere Tote. Polizei und Militär sind in den Straßen omnipräsent. In den sozialen Netzwerken wird über das für und wider den Laizismus gestritten. Die Politik fordert abwechselnd mehr Engagement in den Vorstädten oder eine härtere Gangart gegenüber Tätern, Netzwerken und Unterstützern. Der Angriff auf die Basilika Notre Dame in Nizza am 29. Oktober 2020 war der letzte von acht Terrorangriffen.

Frankreich hat eine lange Geschichte des politischen Terrors aus allen Richtungen. Schlagwörter wie Action Directe, Carlos, OAS, FLN, Résistance, la Cagoule, Ravachol stehen neben Mordanschlägen gegen die Staatshäupter Napoleon, Paul Doumer, Sadi Carnot, Charles de Gaulle, Jacques Chirac und andere.

Die islamistische Terrorwelle ist kein neues Phänomen, sondern dauert in mehr oder weniger intensiver Form seit den achtziger Jahren an. Bekannte Anschläge waren in Paris 1986, die Entführung einer Air France-Maschine 1994, der Bombenanschlag auf die U-Bahn-Station St. Michel 1995, die Aktionen von Mohammed Merah 1992 sowie zahlreiche weitere Attentate in den 2010ern. Die Zahl der Verletzten und Toten geht in die Hunderte.

Jeder Fall ist individuell, Verallgemeinerungen verbieten sich, dennoch gibt es wesentliche Aspekte, die eine Annäherung an die tieferen Gründe für den Terror erlauben:

Frankreich ist stark von seiner kolonialen Vergangenheit und seiner geographischen Situation geprägt. Das Mittelmeer dient seit jeher nicht als Burggraben, sondern als Verbindung zwischen seinen Anrainerstaaten. Die menschlichen, politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu den ehemaligen Kolonien, die vielfach islamisch geprägt sind, ist nie abgerissen. Mehr als vier Millionen Franzosen haben afrikanische Wurzeln – einschließlich von Nachkommen beider Seiten im Algerienkrieg. Die französische Sprache, Kultur und Verwaltungspraxis sind in Afrika und Teilen des mittleren Ostens lebendig. Religiöse, politische und menschliche Probleme in diesen Ländern schwappen daher leicht über. Hinzu kommt, dass sich

Frankreich als politische Ordnungsmacht, als Vertreter der Menschenrechte, von Pressefreiheit und Meinungsfreiheit begreift. Staatsnahe Medien, eine aktive Kulturpolitik und nicht zuletzt die Sicherheits- und Außenpolitik sind in der MENA-Region präsent. Hierdurch ist Frankreich ein perfektes Feindbild für Islamisten und radikale Kräfte, die gegen den Westen zurückschlagen wollen. Dieses Bild wird durch das Verhalten weiter Teile der Bevölkerung verstärkt, die mit Überzeugung, Energie und teilweise wenig diplomatischem Feingefühl für die Verteidigung der als national begriffenen Werte eintritt.

Schließlich gibt es in Frankreich selbst große soziale Probleme und Perspektivlosigkeit, insbesondere unter den jungen Franzosen der dritten oder vierten Einwanderergeneration. Aufgewachsen in mehr als 200 künstlich errichteten Satellitenstädten, weitgehend von der staatlichen Verwaltung vergessen, ohne ausreichende Bildung und ohne wirtschaftliche Perspektive, bildet Religion für viele den einzigen Ausweg aus einer sowohl spirituellen als auch finanziellen Misere. Auch wenn die Masse der religiös orientierten Jugendlichen und jungen Erwachsenen den Terror aus tiefster Überzeugung ablehnt, bildet sich in ihrem Umfeld eine

Szene, aus der sowohl Terror-Unterstützer als auch Täter Kraft und Hilfe schöpfen können. In Folge kommt es in den Vorstädten sowohl zu aktiver Anwerbung durch islamistische Gruppen als auch zu spontaner Selbstradikalisierung. Insbesondere letztere stellt ein ernsthaftes Problem für Polizei und Sicherheitsbehörden dar.

Fast 40 Jahre Terror in Frankreich haben bewiesen, dass er durch Gewalt allein nicht besiegt werden kann. Trotz des Einsatzes massiver Kräfte im Inneren und Äußeren ist es unmöglich, alle wichtigen Punkte zu schützen, sämtliche potentiellen Täter zu identifizieren und Anschläge im Vorfeld abzuwenden. Repression, insbesondere die Drohung mit Gefängnis, schrecken niemanden der keine Perspektive hat und der den Tod nicht fürchtet.

Eine nachhaltige Lösung muss daher mehrere komplementäre Elemente enthalten. Der Staat muss in die abgehängten Vorstädte zurückkehren und Bildung, Sicherheit und wirtschaftliche Perspektive bringen. Die aus der Migration stammenden Franzosen müssen aktiv in die Gesellschaft eingebunden werden. Rassismus und Vorurteile müssen genauso bekämpft werden wie Intoleranz und Fanatismus – und das auf allen Seiten. Parallel hierzu gilt es für gemeinsame Werte, Menschenrechte und Demokratie im Inneren zu werben sowie in der Außenpolitik Stabilität, Nachhaltigkeit und Entwicklung zu fördern. Das ist ein Generationenprojekt, das langfristig nur mit Unterstützung der europäischen Verbündeten und Partner gelingen kann.

## Der neue Krieg im Kaukasus Geopolitik zwischen Revanchismus, Stellvertreterkonflikt und Hegemonialinteressen

**Andreas Dittmann und Sascha Valentin**

Die Geschichte der Konflikte in der Region im Südkaukasus begann bereits kurz nach der Oktoberrevolution 1917. 1918 wurden die Armenische, Aserbaidschanische und die Georgische Republik gegründet, die allerdings keinen dauerhaften Bestand hatten. 1920/1921 folgte die Gründung der Armenischen, Aserbaidschanischen

und Georgischen SSR. Nun begann das Ringen um die Region Karabach. Am 4. Juli 1921 wurde durch das Kaukasusbüro des ZK der KPdSU entschieden, die Region Nagorno-Karabach in die armenische SSR zu integrieren. Durch aserbaidschanische Intervention beim ZK in Moskau wurde bereits am 5. Juli, die Entscheidung revidiert und

die Region in die Aserbaidschanische SSR integriert. Dies wurde durch die Einrichtung der autonomen Oblast Nagorni-Karabach 1923 final besiegelt. Dieser Zustand hielt bis zum Zusammenbruch der UdSSR Ende der 1980er-Jahre.

Der „Erste Karabach-Krieg“ endete 1994 durch eine (brüchige) Waffenruhe. In den folgenden Jahren kam es immer wieder zu kleineren bis mittleren Vorfällen und Konflikten, die 2020 zu einem erneuten Krieg führten, an dem auch zahlreiche ausländische Söldner beteiligt waren.

Das Konzept des Environmental Peacebuilding (EP) geht davon aus, dass sich tendenziell einander feindlich gegenüberstehende Nachbarländer über das Schaffen von gemeinsamen Verantwortlichkeiten für eine bestimmte Kultur- und Naturschutzmaßnahme, die im Interesse beider Seiten liegt, im Dialog, Austausch und in der Entwicklung gemeinsamer Strategien zusammenbringen lassen. So wächst die Dialogbereitschaft, sie wird ausgebaut und kann für weitere friedensstiftende Maßnahmen, die Grundlage sein. Die Schaffung grenzüberschreitender Maßnahmen eignet sich dafür besonders. Der Einrichtung von Geoparks kommt eine zentrale Bedeutung zu. Diese haben zur Aufgabe, wertvolles Natur- und Kulturerbe gleichermaßen zu schützen. Sie gehen damit über das Konzept von Naturparks und Naturschutzgebiete hinaus. Häufig ist die Einrichtung von Geoparks dort leichter, wo es bereits Naturschutzgebiet oder Nationalparks gibt.

Im Südkaukasus bietet sich aus Gründen der landschaftlichen und kulturhistorischen Besonderheiten die Einrichtung an, dies gilt sowohl für Georgien, für Armenien und Aserbaidschan. Der neue Gedanke wird von der Bevölkerung, Wissenschaft und Politik begrüßt.

Bei der Entwicklung von Maßnahmen des EP im Südkaukasus muss man realistisch bleiben. Als unrealistisch kann angesichts der jüngsten Konflikte angesehen werden, dass grenzüberschreitende Geoparks jetzt schon zu einer Deeskalation der Konflikte zwischen Armenien und Aserbaidschan führen könnten. Dennoch kann man in jedem der Länder die Geopark-Idee etablieren und zunächst nationale Gründungen vorsehen. Damit wäre ein erster Schritt für eine spätere Maßnahmenausweitung geschaffen. Dies kann insbesondere die Einrichtung von Gebieten der Geoparks in, an oder zusammen mit den Enklaven Nachitschewan und Nagorni-Karabach (Republik Artsakh) bedeuten.

In Georgien, das mit den beiden Staaten grundsätzlich gute Beziehungen pflegt, ist dies sehr viel einfacher. Die Planungen für Geoparks – zunächst noch im nationalen Kontext – erscheinen derzeit in Georgien und Aserbaidschan besonders weit fortgeschritten. In Armenien steckt die Geopark-Ausweisung derzeit noch in den Anfängen. Der georgisch-aserbaidschanische Grenzraum weist eine ganze Reihe von Möglichkeiten für grenzüberschreitendes EP auf. An kaum einer Stelle im Südkaukasus werden die Potentiale so deutliche wie im Grenzgebiet der drei Länder. Auch wenn das EP ein probates Instrument

für die Friedenssicherung bzw. -erhaltung darstellt, wurde dieser im südlichen Kaukasus ohnehin schon schwierige Prozess, insbesondere zwischen den Ländern Armenien und Aserbaidschan. durch die militärische Intervention im Gebiet der „Republik Artsakh“ (Nagorni-Karabach oder Bergkarabach) im Oktober/November 2020 weiter unterminiert, wenn nicht sogar für einen längeren Zeitraum hinausgezögert.

Unter diesen Bedingungen gestalten sich Projekte im Bereich des EP, insbesondere über den Weg des grenzüberschreitenden Geotourismus, als sehr ambitioniert. Langfristig besteht die Chance, Pilotprojekte aufzubauen und über den Geotourismus zur Friedenserzeugung und zur permanenten Friedenserhaltung und damit zur Stabilisierung der Region beizutragen. Der Geotourismus kann, richtig eingesetzt, als vornehmlich unpolitisches Medium und ohne ideologische Einfärbung nicht nur eine „Friedenswirkung“ entfalten, sondern auch Menschen grenzüberschreitend verbinden, so z. B. durch die identitätsstiftende Wirkung eines gemeinsamen Lebensraumes.

Die beiden Veranstaltungen waren für alle Beteiligten Premieren, da sie über Zoom durchgeführt wurden. Michael Rodschinka, mehr als 30 Jahre engagierter Sektionsleiter Rhein-Main, übergab diese Sektion an Michael Brauckhoff.

**In eigener redaktioneller Verantwortung.**



## Gesellschaft für Sicherheitspolitik e.V.

53111 Bonn, Wenzelgasse 42, Tel.: (0228)652556. E-Mail: [geschaeftsstelle@gsp-sipo.de](mailto:geschaeftsstelle@gsp-sipo.de)

Internet: [www.gsp-sipo.de](http://www.gsp-sipo.de), Facebook: [www.facebook.com/GSPSipo](https://www.facebook.com/GSPSipo); Twitter: @GSPSipo

### Sicherheitspolitische Öffentlichkeitsarbeit für Jedermann

Die GSP widmet sich als unabhängiger und überparteilicher Verein mit ihren rund 100 Sektionen, unterstützt von über 6.000 Mitgliedern, der Vermittlung sicherheitspolitischen Verständnisses in der Bevölkerung.

### Veranstaltungsangebot

Die Sektionen als Hauptträger unserer Öffentlichkeitsarbeit veranstalten Vorträge, Seminare, Symposien und Kongresse sowie Informationsbesuche und Exkursionen für alle interessierten Bürger.

### Gemeinnützigkeit

Die GSP ist wegen ihrer besonders förderungswürdigen satzungsgemäßen Aufgaben durch Freistellungsbescheid des Finanzamtes Bonn-Innenstadt Steuernummer 205/5764/0498, als gemeinnützig und spendenfähig anerkannt worden.

### Spendenkonto

Sparda-Bank eG Köln IBAN DE53 3706 0590 0200 6402 20

**Präsident:** Prof. Dr. Johannes Varwick

**Geschäftsführer:** Reiner Wehnes

**Vereinsregister-Nr.:** 5684, Amtsgericht Bonn

### Gliederung/Kontakt

Die GSP gliedert sich in 7 Landesbereiche und 3 selbstständige Sektionen, die direkt dem Vorstand unterstellt sind. Sie erreichen sie wie folgt:

**Landesbereich Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern und Hamburg (Tel.: 04331/696174)**

**Landesbereich Niedersachsen und Bremen (Tel.: 04209/693418)**

**Landesbereich Nordrhein-Westfalen (Tel.: 0172/3034560)**

**Landesbereich Hessen, Rheinland-Pfalz und Saarland (Tel.: 0172/2362627)**

**Landesbereich Baden-Württemberg (Tel.: 0711/605555)**

**Landesbereich Bayern (Tel.: 08239/7114)**

**Landesbereiche Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen (Tel.: 030/36289697)**

**Selbstständige Sektion Bonn (Tel.: 0151/155677401)**

**Selbstständige Sektion Berlin (Tel.: 0176/23366939)**

**Selbstständige Sektion Brüssel: [bruessel@gsp-sipo.de](mailto:bruessel@gsp-sipo.de)**